

Putzen zum Dumping-Lohn

ANKLAGE In Rhön-Kliniken musste Personal mehr arbeiten, als am Monatsende vergütet wurde

Von Christoph Cuntz

WIESBADEN/WÜRZBURG.

Bei Service-Gesellschaften der Rhön Klinikum AG wurden jahrelang Dumping-Löhne gezahlt. Davon geht zumindest die Staatsanwaltschaft Würzburg aus. Sie hat jetzt Wolfgang Kunz, das frühere Vorstandsmitglied des Krankenhauskonzerns, angeklagt. Er soll dafür verantwortlich sein, dass die Firmen den Sozialkassen Abgaben in Höhe von 22 Millionen Euro vorenthielten. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mussten die Beschäftigten der sechs Reinigungsunternehmen, an denen Rhön zu jeweils 51 Prozent beteiligt war, mehr arbeiten, als ihnen am Monatsende vergütet wurde. „Die Arbeitnehmer konnten die geforderten Leistungen in der vorgeschriebenen Arbeitszeit gar nicht erbringen“, so Dietrich Geuder, Leiter der Staatsanwaltschaft Würzburg.

Auf Wolfgang Kunz haben sich die Ermittlungen fokussiert, weil

er Geschäftsführer der Service-Gesellschaften war. An denen war zu je 49 Prozent ein Partner beteiligt. Mitarbeiter dieser Partnerunternehmen zählen nach Informationen dieser Zeitung zu den weiteren Beschuldigten.

70 Objekte durchsucht

Die Ermittlungen waren vor zwei Jahren mit einem Schlag publik geworden, als 700 Zöllner bundesweit 70 Objekte durchsucht hatten, die meisten davon Kliniken des Konzerns. So waren die Fahnder auch in der Deutschen Klinik für Diagnostik oder der Aukamm-Klinik in Wiesbaden erschienen. Kurz nach den Durchsuchungen war der jetzt Angeklagte aus dem Vorstand ausgeschieden. Das hatte angeblich nichts mit den Ermittlungen zu tun. Am 4. März 2013 wurde gegen ihn Haftbefehl erlassen.

Rhön hatte auf die Razzien anfangs gelassen reagiert. Ein Konzern-Sprecher ließ sich 2011 mit den Worten zitieren: „Wir sind

überzeugt, jederzeit rechtskonform gehandelt zu haben“. Doch der Konzern hatte damals auch mit internen Ermittlungen begonnen. Und nunmehr lautet die Sprachregelung: „Wir arbeiten konstruktiv mit der Staatsanwaltschaft zusammen“. Fakt ist jedenfalls: Für den Klinik-Konzern, der nach wie vor die Übernahme durch einen Konkurrenten fürchten muss, kommt die Nachricht zu einem ungünstigen Zeitpunkt. So legt Rhön Wert auf die Feststellung, nicht der Konzern selbst sei von den Ermittlungen betroffen, sondern nur die Service-Unternehmen.

DER KONZERN

► Zur Rhön Klinikum AG gehören 54 Krankenhäuser. In Hessen betreibt der Konzern die **Universitätskliniken Gießen und Marburg**, in Wiesbaden gehört ihm die Deutsche Klinik für Diagnostik und die Aukamm-Klinik. An den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken ist Rhön zu 49 Prozent beteiligt.

Oberstaatsanwalt Geuder mochte am Freitag keine Angaben dazu machen, ob die dem Manager zur Last gelegten Vorwürfe System gehabt hatten. An den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken in Wiesbaden, an denen Rhön zu 49 Prozent beteiligt ist, war es freilich vor wenigen Monaten zum Eklat gekommen. Die Betriebsratsvorsitzende der HSK-Servicegesellschaft hatte in einer Betriebsversammlung publik gemacht, Angestellte seien nach Dienstschluss zur unentgeltlichen Arbeit genötigt worden mit der Aussage, ihnen drohe andernfalls die Kündigung.

Betriebsratsvorsitzende weg

Die von Rhön gestellte Geschäftsführung sah sich einer Straftat bezichtigt und bat die Staatsanwaltschaft um Überprüfung. Die bescheinigte dem Management, es gebe keinen Verdacht auf strafrechtlich relevantes Verhalten. Der Betriebsratsvorsitzenden wurde gekündigt. Sie klagt dagegen.